

zeitung gegen den krieg

Nr. 60 Herbst 2025

Rüstung killt Soziales

Norbert Heckl

Glautb denn jemand, dass bei 225 Mrd für Rüstung noch Geld für Soziales da ist?“ fragte Ralf Stegner auf der Gewerkschaftlichen Friedenskonferenz im Juli in Salzgitter in Anspielung auf geplante Rüstungsausgaben in Höhe von 5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Für Stegner, Mitinitiator des „Friedensmanifests“ von SPD-Mitgliedern, eine rhetorische Frage. Für Clemens Fuest, Präsident des Wirtschaftsinstituts IFO, war ebenfalls schon in einer Talkshow im Februar 2024 klar: „Kanonen und Butter, es wäre schön, wenn das ginge, aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“ – dabei war damals das Ziel noch nicht 5%, sondern „nur“ 2% vom BIP!

Um harte Verteilungskämpfe zu vermeiden und damit die Gewerkschaften zu beruhigen, soll ein Großteil der Summe nicht aus dem laufenden Haushalt (wie es die AfD fordert), sondern über Kredite finanziert werden. Allerdings geht diese Rechnung höchstens kurzfristig auf. Schließlich werden darauf Zinsen fällig – laut Finanzministerium summieren sie sich für aufgenommene Kredite (nicht nur für Rüstung) bis 2029 auf 215 Mrd. Euro. Spätestens bei Rückzahlungen stellt sich die Verteilungsfrage in aller Schärfe!

Aber auch jetzt schon führt der Aufrüstungskurs zu Einsparungen in vielen Bereichen: 2026 soll für Bafög 250 Mio. Euro weniger ausgegeben werden – das entspricht in etwa dem Preis von zwei F35-Kampffjets, von denen 35 Stück angeschafft werden sollen.

Nachdem das „Bürgergeld“ schon dieses Jahr trotz Inflation nicht erhöht wurde, soll es auch 2026 auf dem – ohnehin völlig unzureichenden – Stand von 2024 bleiben. Gleichzeitig aber steigt der Druck auf die Bezieher, denn es sollen 2026 1,5 Mrd., 2027 schon 2,5 Mrd. eingespart werden.

Für Asylsuchende wurde der Satz schon in diesem Jahr gekürzt, nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei Kindern. Im „Sommerloch“ sorgte der CSU-Vorsitzende Söder für

Aufregung mit seiner Forderung, den ukrainischen Kriegsflüchtlingen nur noch diesen niedrigeren Satz zu zahlen, nicht mehr das höhere Bürgergeld.

Die für 2025 versprochene Senkung der Stromsteuer für Privathaushalte kommt auch im nächsten Jahr nicht – kein Geld dafür zu finden!

Im internationalen Bereich sind 330 Millionen weniger geplant für „Entwicklungszusammenarbeit. Vor vor allem bei der Bekämpfung akuter humanitärer Krisen soll gespart werden – „Rüstung tötet“ im wahrsten Sinne des Wortes!

„Jeder am Kabinetttisch wird sparen müssen“, hatte Lars Klingbeil angekündigt – das gilt jedoch nicht für Boris Pistorius: sein Budget soll auf rund 128 Mrd. Euro steigen, ein Plus von rund 32% im Vergleich zum laufenden Jahr! Damit würde jeder vierte Euro im Bundeshaushalt für Rüstung ausgegeben.

Viel dicker wird es in den Jahren 2027 – 2029 kommen: das Haushaltsdefizit wird dann ca. 170 Mrd. Euro betragen – „Handlungsbedarf“ wird das beschönigend genannt. Und wo gehandelt werden soll, ist eindeutig: Union und SPD haben vereinbart, angesichts steigender Milliardenkosten für die Sozialsysteme wie Rente, Gesundheit und Pflege „Reformkommissionen“ einzurichten. Diese sollen „Ergebnisse vorlegen, die auch zu einer Entlastung des Bundeshaushaltes beitragen.“

Dann werden wir harte Verteilungskämpfe führen müssen, denn es wird klar: Jeder Euro für Panzer, Kampfflugzeuge und Drohnen fehlt für Krankenhäuser, Kitas, in der Bildung, für eine Verkehrswende, und auch für die Bekämpfung des Klimawandels ... „Was ist uns wichtiger: den Sozialstaat ausbauen, Lebensrisiken absichern, eine auskömmliche Daseinsvorsorge organisieren – oder ist es wichtiger aufzurüsten?“ – Diese Frage stellte Dierk Hirschel, Chefökonom von ver.di, bei der erwähnten Konferenz in Salzgitter. Allein um das jetzige Leistungsniveau abzusichern, wären 40 Mrd. Euro mehr pro Jahr nötig. Um die Zukunft des Sozialstaats werde die zentra-

Hans-Jürgen Urban	Völkerrecht und Kriegsächtung	Seite 2
Andrea Hornung	Stoppt die Wehrpflicht	Seite 4
Helga Baumgarten	Völkermord in Gaza	Seite 5
Ingar Solty	Kriegskeynesianismus	Seite 6
Jürgen Grässlin	Rüstungsexporte	Seite 7

le Auseinandersetzung in den nächsten Jahren gehen. Die Gewerkschaften müssen bereit sein, darum Kämpfe zu führen, harte Konflikte mit der Regierung einzugehen – Lobbyarbeit wird nicht reichen! Und diese Auseinandersetzung müssen sie gemeinsam mit und als Teil der Friedensbewegung führen.

Dabei stimmen Umfrageergebnisse durch-

aus hoffnungsfroh: Vor die Alternative „Kanonen statt Butter“ gestellt, spricht sich immer noch eine große Mehrheit für Butter aus – trotz des medialen Trommelfeuers, dass sonst die Russen vor der Tür stehen !

Norbert Heckl ist ehrenamtlich stellvertretender Vorsitzender des ver.di-Bezirks Stuttgart



Eine andere Republik? Ein Militärstaat – oder Frieden für alle!

Für den 3. Oktober rufen mehr als 200 Organisationen und Initiativen – eine in den letzten Jahren nicht gekannte politische und gesellschaftliche Breite und Vielfalt – zur Demonstration „Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!“ auf.

Auslöser sind die aktuellen Kriege, insbesondere der verheerende Gaza-Konflikt mit all seinen unfassbaren, menschenverachtenden Konsequenzen, aber auch der Ukraine-Krieg. Sie lassen uns gemeinsam protestieren und uns für Frieden, Waffenstillstand und politische Lösungen statt Kriegsrhetorik engagieren.

Wir wollen keinen Militärstaat, keine militarisierte Gesellschaft der Konformität, des Duckmäusertums, der Unterordnung und des Verlusts lebendiger Demokratie. Wir wissen, dass eine Aufrüstung auf 160 Milliarden Euro

im Jahr 2029 den Sozialstaat zerschlagen und eine andere Republik bedingen würde. Die Dimension der täglichen materiellen und geistigen Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen, in den Kommunen, in den Schulen und Universitäten sowie in den Medien zerschlägt den nach den vielen neoliberalen Reformen übriggebliebenen, erkämpften Sozialstaat. Sie verhindert jede ökologische Transformation und verschärft die Klimakrise durch eine neue Dimension der Militäremissionen. Darüber hinaus wird die Demokratie zerstört. Ja, wir kämpfen um das Soziale, um eine Wirtschaft, die alle versorgt (gegen den räuberischen und zerstörerischen Kriegskeynesianismus), um Gerechtigkeit und Demokratie – und das nicht nur bei uns. Das ist die Dimension der Herausforderungen, die vor uns stehen! Es geht im

wahrsten Sinne des Wortes um das Ganze! Nie war die Gefahr eines großen, alles zerstörenden Krieges höher!

Dies ist die Dimension der Herausforderungen, mit denen sich eine geeinte Friedensbewegung bei ihrer bundesweiten Demonstration am 3. Oktober 2025 auseinandersetzt. Es geht nur gemeinsam, unabhängig davon, was wir sonst über Kapitalismus, Coronamaßnahmen, Religion, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und ihre Veränderungen oder Parteien denken. Eine Streitkultur gehört zur Gemeinsamkeit, ebenso wie die klare Erkenntnis, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist.

Die Demonstration am 3. Oktober ist der Beginn, der Auftakt des Protests und des Widerstands. Es bleibt dabei: Wir fangen bei uns

selbst an und zeigen alles, was möglich ist: Wehrt euch, leistet Widerstand!

Wie sie wird, welche Auswirkungen sie hat und welchen politischen Druck sie entwickelt, hängt von jeder und jedem Einzelnen ab. Es gibt keine Möglichkeit, friedenspolitisches Engagement zu delegieren, sondern wir müssen es selbst tun. Wir müssen den Frieden in die Hand nehmen.

Deshalb auch Du und Du – auf nach Berlin und Stuttgart am 3.10.2025 – es war vielleicht nie wichtiger als heute.

Reiner Braun gehört dem Vorbereitungskreis der Demonstrationen am 3.10. und der Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ an.

Mein zur Kriegs- tüchtigkeit



Anthony Cipriano

Auf die Straße gegen das Vergessen!

Es ist schon verwunderlich. Pistorius legt einen Gesetzesentwurf für die Wiedereinführung der Wehrpflicht vor. Als sie das letzte Mal kam, da waren es noch die ehemaligen Nazi-Generäle, die im alten Geist aber in neuer Garnitur den nächsten großen Krieg vorbereiten sollten. Die Bundeswehr weiht ihre Panzerbrigade 45 in Litauen ein. Als das letzte Mal deutsche Streitkräfte so weit in den Osten vordrangen, waren es noch

die Panzerdivisionen der Hitlerarmee. Wie kann es sein, dass eine solche Geschichtsverdrossenheit vorherrscht, dass es hierzu keinen Aufschrei gibt?

Vielleicht liegt es am systematischen Totschweigen zweier Kapitel der deutschen Geschichte. Da wäre zum einen die Erinnerung an den Widerstand gegen die Nazi-Barbarei: wer kennt die Namen der unzähligen Kriegsgegner der ersten Stunde, Namen wie Alfred Hausser, Hans Gasparitsch, Karl Wagner, die Namen derer, die früh schon mahn-ten: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, die früh schon in die Zuchthäuser und Konzentrationslager des

Hitlerregimes gesperrt wurden, weil sie bereits damals erkannten, wohin Militarisation und Demokratieabbau unweigerlich führen. Was würden sie heute zu dieser nie zuvor gesehenen Aufrüstung sagen, die auch schon in Sondersitzungen alter Bundestage oder durch Änderung der Verfassung forciert wurde?

Totgeschwiegen wird nicht nur ihr Widerstand gegen Faschismus und Krieg, totgeschwiegen wird auch, wie diese Menschen früh schon den wiederauflebenden Revanchismus der Nachkriegszeit erkannten und bekämpften. Immerzu haben sie sich konsequent gegen die Kriegspolitik der Herr-

schen gestellt: gegen Remilitarisierung, NATO-Beitritt, gegen die Wehrpflicht. Und natürlich gegen Waffenlieferungen in alle Welt, für Verständigung statt Feindbilder. Niemals haben sie sich irgendwelche Illusionen über den Charakter des deutschen Militarismus gemacht. Sie würden das auch heute nicht tun.

Deswegen gehe ich als Antifaschist am 3. Oktober auf die Straße.

Anthony Cipriano ist Mitglied der VVN-BdA, aktuell in der Funktion des Landesgeschäftsführers Baden-Württemberg tätig



Ulrike Eifler

Für Daseinsvorsorge statt Kriegsvorbereitung

Die Namen auf den Gedenksteinen der im 1. und 2. Weltkrieg Gefallenen sind nicht die Namen von Kriegsministern, Militärexperten und Rüstungsfabrikanten. Es sind unsere Namen – die von Industrieschlossern, Straßenbahnfahrern und Stahlarbeitern. Wer heute die Wiedereinführung der Wehrpflicht fordert, plädiert dafür, uns in den Krieg zu schicken, während Rheinmetall, Hensoldt

und Renk ungestört Profite machen. Dafür sollen Arbeitszeiten ausgeweitet, Umverteilungskämpfe erschwert und das Streikrecht außer Kraft gesetzt werden. Insbesondere die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages und die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gehen an die Grundfeste gewerkschaftlicher Errungenschaften.

Dabei wird immer deutlicher: Die Bundesregierung ist von der „Zeitenwende“ zu einer Politik offener Kriegsvorbereitungen übergegangen. Jährliche Rüstungsausgaben in der Größenordnung eines halben Bundeshaushaltes einerseits

und unter Finanzierungsvorbehalt gestellte Ausgaben für Bildung, Kindergrundsicherung und Daseinsvorsorge andererseits werden den Sozialstaat nicht nur ein bisschen schmälern – diese Prioritätensetzung wird ihn ruinieren. Denn jeder Euro, der im Rüstungshaushalt versenkt wird, der fehlt für Bildung, Daseinsvorsorge oder den ökologischen Umbau von Industrie und Gesellschaft.

Dass die Merz-Regierung den Sozialstaat nicht frontal angreift, sondern schleichend über den Umweg kreditfinanzierter Aufrüstung, hat nur ein Ziel: Sie will den

Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau verschleiern. Ein unerhörter und bodenloser Versuch, die Arbeiterbewegung, die am stärksten unter dieser Politik zu leiden hat, auch noch in den Aufrüstungskurs einzubinden. Als aktive Gewerkschafterin ist es mir deshalb ein Anliegen, am 3. Oktober für den Frieden auf die Straße zu gehen. Zeigen wir denen, dass wir uns nicht einbinden lassen, sondern bereit und in der Lage sind, für gute Arbeit und ein gutes Leben in Frieden zu kämpfen.

Ulrike Eifler ist Gewerkschaftssekretärin in Würzburg

Zur bundesweiten Demo am 3.10. in Berlin und Stuttgart gibt es die dazu eingerichtete Homepage mit Infos zu: Materialien (Vorlagen für Flyer und Plakate), Orte und Uhrzeiten in Berlin und Stuttgart, Unterstützerliste, vorgesehene Redebeiträge, örtliche Kontakte für Mitfahrgelegenheiten und weitere Links.

www.friedensdemo0310.org

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · bundesweite AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerininitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin

E-Mail Hr.Braun@gmx.net

Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 45 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 32 Cent je Ex. Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881



Jürgen Peters

Wir stehen auf für Friedenstüchtigkeit!

Als Gewerkschafter unterstütze ich den Aufruf zum 3. Oktober. Als Gewerkschaften haben wir uns immer auch als ein Teil der Friedensbewegung verstanden. Aus den bitteren Erfahrungen aus zwei Weltkriegen haben wir die Lehren gezogen – gegen Krieg und für Völkerverständigung. Im klaren Wissen: Krieg bedeutet Tod und unendliches Leid und Zerstörung!

Wir sehen das in der Ukraine, wir erleben das im Nahen Osten und in weiteren Teilen der Welt. Die nicht enden wollenden Grausamkeiten haben auch unser Leben verändert. Zum einen im Bewusstsein der Menschen und zum anderen auf der materiellen Seite durch die gigantischen Rüstungs- und Militärausgaben. Allen muss klar sein: So kann es nicht weitergehen! Deshalb setzen wir uns als Gewerkschaften „dafür ein, dass die Menschenrechte universelle Geltung gewinnen. Soziale und ökologische Konflikte müssen auf zivilen Wegen ohne

militärische Gewalt gelöst werden“ (Grundsatzprogramm des DGB). Und der Vorstand der IG Metall führt dazu aus: „Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab“ ... „Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein“. Und weiter: „Eine Neuaufstellung und Revitalisierung der Friedensbewegung ist gleichwohl unerlässlich“. In der Tat! Die Friedensbewegung muss wieder stärker wahrnehmbar werden. Wir dürfen die Meinungs- und Deutungshoheit nicht den anderen überlassen: „Wie

eine Meinung in einem Kopf entsteht“, da haben auch wir etwas mit zu tun! Wir können nicht tatenlos zusehen, wie auf der einen Seite Milliarden für die Rüstung bereitgestellt werden und andererseits kein Geld für notwendige soziale Belange, für Bildung und Erziehung, für Infrastruktur, Wohnungsbau u.s.w. vorhanden ist.

Deshalb: wir wollen nicht schweigen!

Jürgen Peters war von 2003 bis 2007 Vorsitzender der IG Metall



Gerold König

Warum wir „aufstehen für den Frieden“

reden, aufeinander zuzugehen und miteinander nach Lösungen zu suchen. Das Leben von Menschen, oftmals Unbeteiligten, spielt scheinbar keine Rolle mehr. Selbst Völkermord wird in Kauf genommen und von Regierungen akzeptiert. Pax christi und viele andere Organisationen rufen bundesweit auf, am 3. Oktober in Stuttgart und Berlin auf die Strasse zu gehen und deutlich zu zu machen: Wir wollen Frieden!

Immer wieder haben wir in Erklärungen, Gesprächen und Meldungen unsere Forderungen aufgeschrieben und ausgesprochen. Der Worte sind genug gesagt! Haben wir Mut und stehen wir auf, bringen wir unsere Enttäuschungen und unsere Wut über eine kriegstüchtige und wehrhafte Regierungspolitik auf die Strasse.

Wir rufen alle auf, sich zu beteiligen! Auch die, die sich bislang

schweigend zurückgelehnt haben: Steht auf! Kommt mit auf die Strasse, damit wir viele sind, laut und bunt – Zeigen wir es allen: Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt, nie wieder Uniformität und Gleichschritt!

Gerold König ist Bundesvorsitzender von pax christi (internationale kath. Friedensbewegung)



Hans-Jürgen Urban

Völkerrecht und Kriegsächtung

Die alte Weltordnung ist tot, die neue wird gerade ausgekämpft. Die großen Mächte der Gegenwart sind dabei, ihre ökonomischen, politischen und ideologischen Einflussphären neu abzustecken. Dabei dominieren die verbliebende Weltmacht USA, die aufsteigende Großmacht China und die absteigende Atommacht Russland. Alle, auch die Länder und Allianzen des Westens, zertrümmern das Völkerrecht, wo es den eigenen Interessen entgegensteht. Spätestens seit der Duldung oder Zustimmung von Europäischer Union und Nato zu den israelischen Kriegsverbrechen in Gaza, den amerikanischen Militärschlägen gegen Iran und der amerikanischen Drohung mit der

Bewegung von Atom-U-Booten hat auch der Westen sein moralisches Kapital verschleudert. Nach den erneuten israelischen Expansionsplänen in Gaza hat Bundeskanzler Friedrich Merz angekündigt, bestimmte Waffenexporte nach Israel zu stoppen. Ob dies einen nachhaltigen Kurswechsel einleitet, bleibt abzuwarten. Bisher galt: Wenn die kriegerische „Drecksarbeit“ eigenen Interessen dient, nur zu!

Ein realistischer Blick auf die globalen Machtverhältnisse mag die globale Friedensbewegung in ihrem Kampf um eine andere Weltordnung entmutigen. Aber die Arbeit an einer solchen Utopie darf nicht enden. Die Suche nach Sicherheit in diesen „aggressiven Weltverhältnissen“ (G. Therborn) ist legitim. Es gibt ein Recht auf Selbstverteidigungsfähigkeit, aber keines auf Militarisierung und Hochrüstung. In atemberaubendem Tempo haben die Nato-Staaten

das irrwitzige Ziel festgezurr, fünf Prozent der Wirtschaftskraft in die Aufrüstung zu investieren. Das soll die Kriegstüchtigkeit erhöhen, die Rüstungsindustrie stärken und die Suche nach völkerrechtlichen Konfliktlösungen verdrängen.

Wer aber Akzeptanz für eine Armee erlangen will, braucht eine gesellschaftliche Verständigung über elementare Fragen: Welche Aufgaben soll sie haben? Landesverteidigung? Bündnisverteidigung? Verteidigung wirtschaftlicher oder geopolitischer Interessen? Wie soll die Fähigkeit zu militärischer Verteidigung in ein System eingebunden werden, das militärische Aktivitäten als ultima ratio und ausschließlich zu Verteidigungszwecken akzeptiert. Wie kann offensive Interessenpolitik mit militärischen Mitteln geächtet und Zuwiderhandeln sanktioniert werden? Und: Wie kann der Kampf gegen die globale soziale

Ungleichheit, die sich immer wieder als Treiberin kriegerischer Konflikte erweist, neue Dynamik erhalten.

Kurzum, ein verbindliches humanes Völkerrecht, die rechtliche und moralische Ächtung kriegsbasierter Interessenpolitik sowie Kampf um globale Gerechtigkeit müssen die Pfeiler einer Ordnung sein, für die zu streiten, sich lohnt.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Uni Jena.

Aufstehn für den Frieden



Angelika Claußen

Haltung zeigen für Frieden, Gesundheit, soziale und Klimagerechtigkeit

Am 3. Oktober setzen wir ein klares Zeichen: Nie wieder Krieg. Die von der Regierung geforderte „Kriegstüchtigkeit“ widerspricht dem Grundverständnis von Menschlichkeit, gerade für uns als Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich, die wir täglich versuchen, Gesundheit und Leben zu schützen und zu erhalten.

Wer tagtäglich mit den Folgen von Gewalt, Vernachlässigung und Traumatisierung konfrontiert ist, weiß: Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Frieden heißt, Menschen zu stärken – nicht Waffen. Während Kliniken um Personal und Finanzierung kämpfen, fließen Milliarden in Rüstung und Militarisierung. Sogar atomar soll

aufgerüstet werden, mit der Modernisierung der US-Atombomben in Büchel und Forderungen nach einer EU-Atombombe. Das ist nicht nur eine politische Fehlentscheidung, sondern ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich für das Leben einsetzen.

Uns geht es darum, Haltung zu zeigen. Für eine Gesellschaft, die Frieden, Gesundheit, soziale und Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, anstatt Milliarden für Aufrüstung zu verpulvern. Lasst uns diesen 3. Oktober zu einem Auftakt machen für eine neue Dynamik in der Friedensbewegung. Gemeinsam mit Menschen aus Gewerkschaften, aus der Klimabewegung, aus Mieter*inneninitiativen und der

Flüchtlingssolidarität müssen wir gegen den Wahnsinn der Hochrüstung aufstehen, für Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieses breite Bündnis kann uns nur gelingen, wenn wir klar sind in der Abgrenzung gegen die Demagogie von rechts.

Es geht um internationalistische Solidarität mit denen, die unter dem Terror des Krieges leiden, in der Ukraine, in Gaza und an vielen anderen Orten auf der Welt. Und es geht darum, laut zu werden gegen ein Denken, das Konflikte militärisch lösen will.

Menschen aus dem Gesundheitswesen wissen, wie wichtig Prävention ist. Die beste Prävention gegen Krieg ist Diplomatie, Verständigung,



Abrüstung und Rüstungskontrolle. Lasst uns am 3. Oktober gemeinsam aufstehen – für Frieden, für die Zukunft, für das Leben.

Angelika Claußen ist Ko-Vorsitzende der IPPNW



Heike Hänsel

Gegen neue Feindbilder – für eine Kultur des Friedens

Alein das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik und das 5%-Ziel der NATO für Militärausgaben, zu Lasten der sozialen Zukunft von Millionen Menschen, wären Anlass genug, am 3. Oktober auf die Straße zu gehen. Hinzu kommen Pläne der Bundesregierung, die „stärkste konventionelle Armee Europas“ aufzubauen, die Wehrpflicht zu reaktivieren und Deutschland zur „Dreh- und Angelscheibe der NATO“ zu machen, als Frontstaat in Europa gegen Russland. Und die geplante Stationierung von US-Mittelstreck-

ckenraketen in Deutschland.

Flankiert wird dieser Rüstungswahnsinn von einer geistigen Mobilmachung und Militarisierung des Denkens und Handelns, die immer tiefer in zivile Lebensbereiche eindringt, und uns auf einen Krieg mit Russland einschwören will.

Wir wollen dieser Politik, die ein enormes, auch atomares, Eskalationspotential in sich trägt, eine Kultur des Friedens entgegensetzen, die „Friedensfähigkeit“ statt „Kriegstüchtigkeit“ anstrebt und Feindbilder überwindet. Die anknüpft an Erfolge der Entspannungspolitik, formuliert in der vor 50 Jahren verabschiedeten Schluss-

akte von Helsinki: Verständigung, vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle, Abrüstung und eine gemeinsamen Sicherheitsarchitektur in ganz Europa. Es lohnt sich für die „Vision von Helsinki“ auf die Straße zu gehen!

Deutsche Rüstungsexporte in die Ukraine und an Israel verlängern die Kriege und das Leid der Menschen. Die Bundesregierung macht sich durch die militärische Unterstützung Israels zum Komplizen und ist zu Recht von Nicaragua wegen Beihilfe zum Völkermord vor dem IGH angeklagt worden. Am 3.10. demonstrieren wir auch gegen die vorbehaltlose deutsche

Unterstützung der Kriegspolitik der israelischen Regierung und gegen deutsche Rüstungsexporte in Kriegsgebiete!

Erstmalig mobilisieren wir gemeinsam an zwei Orten gleichzeitig, in Berlin und Stuttgart – auch der Südwesten steht auf gegen Kriegstüchtigkeit und für den Frieden!

Heike Hänsel ist aktiv in der Gesellschaft Kultur des Friedens



Kriegsdienstverweigerung – aktueller denn je

Yannick Kiesel

Angesichts der aktuellen Diskussion um die Reaktivierung der Wehrpflicht rückt die Kriegsdienstverweigerung erneut ins Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) nimmt dabei eine klare Position ein: Sie lehnt jede Form militärischer Zwangsverpflichtung ab und betont das Grundrecht auf Gewissensfreiheit als unantastbares Menschenrecht.

Ein Referentenentwurf des Bundesverteidigungsministeriums sieht vor, dass künftig alle jungen Männer eines bestimmten Jahrgangs wieder wehrpflichtig erfasst werden sollen. Sie erhalten einen Fragebogen, in dem neben gesundheitlichen Daten auch das Interesse am freiwilligen Wehrdienst abgefragt wird.

Was zunächst nach einer unverbindlichen Erhebung klingt, enthält eine rechtlich brisante Passage: Sollte „die verteidigungspolitische Lage einen kurzfristigen Aufwuchs

der Streitkräfte zwingend erfordern, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist“, sieht der Entwurf vor, dass Personen, die in der Erfassung als geeignet markiert wur-

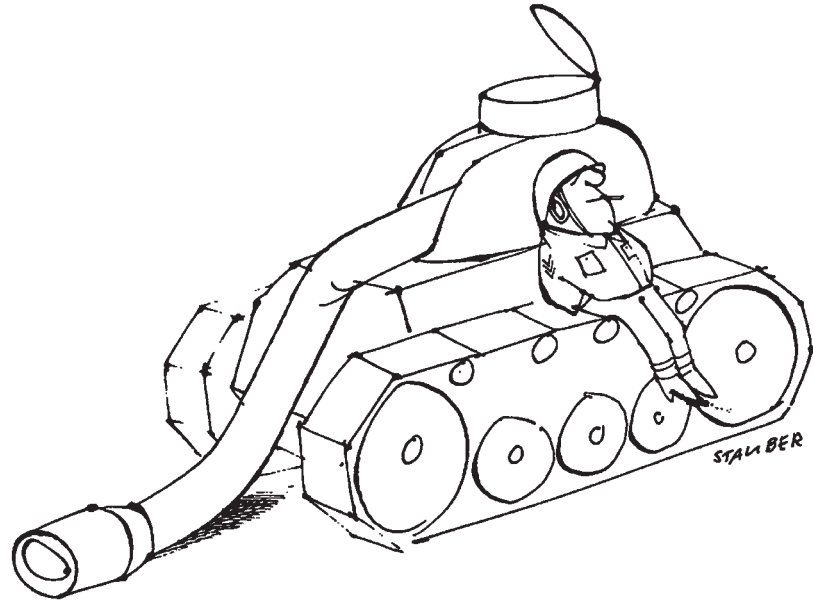
den, prioritär eingezogen werden können.

Für die DFG-VK ist diese Formulierung ein gefährliches Einfallstor für eine faktische Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht – ohne dafür das Wehrpflichtgesetz vollständig reaktivieren zu müssen. Zwar ist im Grundgesetz die Möglichkeit einer Wehrpflicht (Art. 12a GG) grundsätzlich verankert, jedoch ist diese seit 2011 ausgesetzt. Die neue Formulierung deutet nun auf eine flexible, latent aktivierbare Einberufung hin, die sich nicht auf eine gesamtgesellschaftliche Einbindung oder Gleichbehandlung stützt, sondern selektiv greifen könnte. Damit droht ein Verstoß gegen das Prinzip der Wehrgerechtigkeit, das eine gleichmäßige Belastung aller vorsieht. Parallel zur öffentlichen Debatte verzeichnet das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) einen massiven

Anstieg an Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung. Allein bis Mitte 2025 gingen dort bereits über 1.300 Anträge ein – das ist fast so viel wie im gesamten Vorjahr. Die DFG-VK sieht darin ein deutliches Zeichen: Immer mehr Menschen wollen sich nicht in militärische Strukturen zwingen lassen.

Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert jedem Menschen die Freiheit, aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe zu verweigern – unabhängig davon, ob ein Krieg herrscht oder nicht. Für die DFG-VK ist dieses Recht nicht nur ein individuelles, sondern auch ein politisches: Es ist Ausdruck einer friedensorientierten Gesellschaft, in der das Gewissen Vorrang vor staatlicher Gewalt hat

Yannick Kiesel ist Referent bei der DFG-VK · Weitere Infos: www.verweigern.info



Eine Karikatur von 1973

Stoppt die Wehrpflicht!

Andrea Hornung

5000 tote Soldaten pro Tag. Damit rechnet der Präsident des Reservistenverbandes Sensburg im Fall eines Kriegs gegen Russland. Dafür braucht es eine größere Armee. Dafür braucht es die Wehrpflicht. Und damit soll jetzt ernst gemacht werden. Der Gesetzesentwurf zum „neuen Wehrdienst“ sieht vor, die Bundeswehr auf bis zu 460.000 Soldatinnen und Soldaten aufzustocken, um einen offenen Krieg gegen Russland führen zu können. Alle 18-jährigen ab dem Jahrgang 2007 sollen künftig einen Brief mit einer Befragung bekommen, Männer müssen diese ausfüllen. Bei dieser „Freiwilligkeit“ bleibt es aber nicht: Ab 2027 soll es verpflichtende Musterungen geben. Und wenn sich nicht genug Freiwillige melden, soll auch verpflichtend eingezogen werden – im Zweifel auch ältere Jahrgänge. Denn obwohl die Bundeswehr bezahlte

Studiengänge und Ausbildungen anbietet und man beim Freiwilligen Wehrdienst schon jetzt mehr als dreimal so viel Geld bekommt wie beim Freiwilligen Sozialen Jahr, klagt die Bundeswehr über Nachwuchsprobleme. Und von denen, die sich freiwillig melden, bricht mehr als jeder Vierte ab, Tendenz steigend. Kein Wunder: Sind doch bei der Bundeswehr militärischer Drill, Übergriffe und Gewalt an der Tagesordnung – im schlimmsten Fall gibt man sein Leben.

Neben der Vergrößerung der Armee soll mit der Wehrpflicht aber noch ein weiteres Ziel verfolgt werden: CSU-Chef Söder spricht davon, dass mit der Wehrpflicht „die Bindung junger Menschen an Staat und Gesellschaft“ gestärkt werden soll. Oder im Klartext: Die Jugend und die gesamte Gesellschaft sollen militarisiert und „kriegstüchtig“ gemacht werden. Dafür werden Jugendoffiziere an Schulen geschickt, Zivilklauseln verboten, auf Youtube

und TikTok Krieg als Abenteuer vermarktet, die Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum durch Veteranentage und auf Volksfesten wie dem Hessentag erhöht. Mit der Wehrpflicht sollen Jugendliche künftig mindestens ein halbes Jahr lang zu militärischem Gehorsam erzogen werden, Nationalismus und Verzichtsdanken soll ihnen einge-trichtert werden – ganz nach dem Motto „Kanonen oder Butter“.

Aber: Anders als in der Gesellschaft insgesamt lehnt die Mehrheit der Jugendlichen die Wehrpflicht ab. Denn sie sind es, die ihre individuelle Lebensgestaltung einschränken sollen, um Befehle zu befolgen, und ihr Leben riskieren. Laut der „Jugendtrendstudie 2025“ sind 81Prozent derjenigen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden, nicht bereit, für ihr Land zu sterben. Die schrittweise Einführung der Wehrpflicht durch die Bundesregierung dient auch dazu, den Widerstand dagegen abzuschwächen.



Dennoch gründen sich Initiativen gegen die Wehrpflicht. Das Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ und die Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ veranstalteten am 6. Juli in Frankfurt eine Konferenz mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und diskutierten, wie wir an Schule, Uni, Betrieb, Gewerkschaft und in der Öffentlichkeit gegen Wehrpflicht und Hochrüstung aktiv werden können. Denn die Wehrpflicht ist die Achillesferse

in der Kriegsvorbereitung: Um Einflussphären und Absatzmärkte künftig in noch größerem Umfang militärisch zu verteidigen und zu erobern, braucht die braucht die Bundeswehr mehr Jugendliche. Es ist unsere Pflicht als Friedensbewegung, den Kampf gegen die Wehrpflicht zu führen. Dieser Kampf ist zugleich die Chance, die Jugend für die Friedensbewegung zu gewinnen.

Andrea Hornung ist aktiv im Jugendbündnis „Nein zur Wehrpflicht“

Die Ostsee – ein Meer des Friedens! Kein NATO-Meer!

Rodolfo Bohnenberger

Friedensaktivisten der Anrainerstaaten der Ostsee aus Finnland, Schweden, Norwegen und Deutschland veranstalteten im Juni 2025 die Onlinekonferenz „Die Ostsee – ein Meer des Friedens!“, organisiert vom Friedensbündnis Norddeutschland. EU und NATO rüsten massiv die Marine auf,

militarisieren den gesamten Norden und wollen den Wirtschaftskrieg in der Ostsee zu einem Schießkrieg eskalieren. Russland soll der Bösewicht sein.

In ihren Beiträgen thematisierten die Referenten die Zunahme der Stützpunkte der US-Army; wie bei uns wird in Skandinavien mit Milliarden-Aufwand die Infrastruktur, Häfen und (neue) Eisenbahntrassen

auf militärische Verwendung gegen Russland ausgerichtet.

Von den Tiefseehäfen an der Nordsee bis nach Polen entsteht in Norddeutschland ein Transportkorridor für schweres Gerät. Den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 verletzend wurde in Rostock ein NATO-Marinehauptquartier für den Ostsee-Raum errichtet. Eine Kerosin-Pipeline für NATO-Kampf-

flugzeuge soll vom Osnabrücker Raum bis nach Polen eingebudelt werden. Deutschland bricht das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS, 1982) und behindert die freie Durchfahrt von ausländischen Schiffen in der Ostsee. Die „Begründungen“ sind haarsträubend. Wir staunen: der deutsche „Rechts“staat kapert Schiffe a la Störtebeker. Vor Rügen sitzt

ein Tanker mit geklautem russischem Öl an deutscher Kette.

Die Menschen in Europa brauchen Diplomatie, globale wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine europäische Sicherheitsarchitektur inkl. Russlands.

Rodolfo Bohnenberger ist Ko-Sprecher des Friedensbündnisses Norddeutschland · www.friedensbuenndnis-norddeutschland.de/index.php/konferenz

Das Gedächtnis der Menschheit

Daniela Dahn

Wird es möglich sein, Menschen für einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu mobilisieren, den man Fortschritt nennen könnte? Für meine Vorstellung von Vernunft – eine friedliche, auf Gemeinwohl ausgerichtete Ordnung, in der die bürgerlichen Freiheiten garantiert sind, weil die Demokratie auch die Wirtschaft erfasst? Der ökologische Umbau kann nicht ausgesetzt werden, um in einem verheerenden Abnutzungskrieg gegen Mensch und Natur auf Sieg zu hoffen. Doch die Staaten geben unbelehrbar einen immer kleineren Bruchteil für die Bewahrung des Klimas aus als fürs Kriegswesen.

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldeten Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer“, mahnte Bertolt Brecht beim Völkerkongress für den Frieden in Wien 1952. Haben die Regierungen und deren Wähler seither nichts dazu gelernt – sind sie gar hinter den Erkenntnisstand nach dem letzten Weltkrieg zurückgefallen? „Lasst uns die Warnungen erneuern,“ fuhr Brecht fort, „und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Krieg verlernen – was für eine überlebenswichtige Aufgabe der Menschheit, nicht nur für Pazifisten. Nach der

Friedensvision des Propheten Micha wird der Streit zwischen den Völkern geschlichtet. Diese wunderheilsame Überzeugungskraft wird im Alten Testament dem zu erwartenden Messias zugeschrieben, der das Abrüstungsgebot zuerst in Israel, dann in der ganzen Welt durchsetzen wird. Daraufhin schmieden alle ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern um. Kein Volk greift mehr das andere an. Alle wohnen unter ihrem Weinstock und Feigenbaum, niemand schreckt sie.

Nach etwa 3000 Jahren sehnsuchtsvollen Hoffens sollte klar sein: Die Wartezeit ist abgelaufen! Die dem Messias zugeteilte Arbeit ist in Wahrheit unsere Arbeit.

Daniela Dahn ist Buchautorin. Der Text ist entnommen aus: „Der Schlaf der Vernunft. Über Kriegsklima, Nazis und Fakes“.

Völkermord ohne Ende und das Versagen der Internationalen Gemeinschaft

Helga Baumgarten

Inzwischen ist es schwierig, noch Worte zu finden für den Völkermord, den Israel seit Oktober 2023 im Gazastreifen verübt. Und der Siedlerkolonialismus in der Westbank, der zu täglich zunehmendem Terror der Siedler führt, meist unterstützt von der Armee, verschlägt einem auch zusehends die Sprache.

Der Völkermord in Gaza wird seit einigen Monaten mit einer Strategie des Aushungerns durchgeführt. Als hätten die systematische Zerstörung des Gesundheitssektors, der kulturelle Völkermord (Raphael Lemkin), durch den Universitäten und Schulen, Museen, Archive dem Erdboden gleichgemacht sowie gezielt Professoren, Intellektuelle und Künstler ermordet wurden, nicht ausgereicht. Dazu kommt die fast vollständige Zerstörung der gesamten Infrastruktur im Gazastreifen, die Bombardierung von über 80% der Wohnhäuser inklusive aller landwirtschaftlicher Nutzflächen, auf denen für lange Zeit nichts mehr angebaut werden kann. Die Liste ist endlos ...

Hinzu kommt die Strategie der Ermordung von palästinensischen Journalisten in Gaza. Der junge al-Jazeera-Korrespondent Anas al-Sharif wurde am 10. August im klar gekennzeichneten Pressezelt vor dem Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt in den Tod gebombt, zusammen mit drei seiner al-Jazeera Kollegen und zwei weiteren Pressefotografen. Israel will verhindern, dass irgendwelche Nachrichten über den Völkermord nach außen dringen. Internationale Journalisten dürfen nicht nach Gaza. Dasselbe gilt für israelische Journalisten wie z.B. Amira Hass und Gideon Levy, die alles versuchen, um nach Gaza zu kommen.

Israel benutzt eine verwerfliche Taktik, um in den Augen seiner philosemitischen (also eigentlich zutiefst rassistischen) Anhänger im ehemals kolonialen Norden unterstützt zu werden: die Journalisten seien, so behauptet man heuchlerisch, Hamas-Aktivisten, Terroristen, ja sogar aktiv involviert in Rake-



tenangriffe. Nichts von all dem hat auch nur im Entferntesten mit der Realität zu tun.

Aber was schert das die Völkermörder. Inzwischen wurden über 200 Journalisten in Gaza ermordet.

Angefangen hat der Mord an Journalisten in der Westbank, genau am Rande des Flüchtlingslagers Jenin, wo ein Heckenschütze der Armee im Frühjahr 2022 die weltweit bekannte und geschätzte Jazeera-Korrespondentin Shireen Abu Akleh kaltblütig erschossen hat, obwohl sie als Journalistin gekennzeichnet und ihre Ankunft mit der Armee

koordiniert gewesen war. Der Soldat wurde nicht zur Verantwortung gezogen, er wurde vor kein Gericht gestellt und auch nicht verurteilt für dieses Kriegsverbrechen.

In der Westbank wütet derzeit die Armee im Einklang mit kolonialistischen Siedlern, die mit immer rücksichtsloser und brutaler Gewalt Palästinenser angreifen. Ziel ist die Vertreibung von möglichst vielen palästinensischen Bewohnern, um Platz zu machen für mehr jüdische Siedler. Am Ende soll die Annexion stehen. Die israelische Tageszeitung Haaretz argumentiert inzwischen,

dass die Annexion schon längst vollzogen sei, nicht de iure, aber de facto.

Die deutsche politische Führung und die Tagespresse haben auf Kritik am Völkermord und am Siedlerkolonialismus nur eine Antwort: die Kritiker werden zu Antisemiten gestempelt, regelrecht verleumdet und wo immer möglich daran gehindert, ihre Kritik öffentlich zu machen, sei es in Vorträgen oder mit Publikationen.

Zugesagte Räume werden in letzter Minute abgesagt. Zeitungen weisen Manuskripte ab und Verlage publizieren nur noch Bücher, die sich an die abgesegneten Sprachregeln halten. Völkermord, Apartheid und Siedlerkolonialismus sind auf dem Index. Besser ist es, Israel als ein von allen Seiten bedrohtes Land darzustellen, das sich seit seiner Gründung 1948 ständig verteidigen muss, um überleben zu können. Selbst verhaltene Kritik an Israels „Vorgehen“ im Gazastreifen als „nicht verhältnismäßig“ oder gar die Ankündigung, keine Waffen mehr zu liefern, die im Gazastreifen offensiv eingesetzt werden könnten, wird massiv kritisiert.

Historisch-kritische Darstellungen, wie sie z.B. von israelischen Politikern und Historikern publiziert wurden und werden – man denkt an Avi Shlaim (Oxford) oder Ilan Pappé (Exeter, früher Haifa) – sind nicht willkommen. Die Publikation ihrer Arbeiten auf Deutsch wird zusehends schwierig und Vorträge von ihnen werden immer wieder verhindert.

Meinem Kollegen und Mitautor

Norman Paech und mir ging es immer wieder auch nicht besser auf unserer Buchvorstellungs- und Vortragstour im vergangenen Mai und Juni. Gerade Universitäten, deren Aufgabe es doch ist, Forschungsergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren, in aller Offenheit und vor allem in aller Freiheit, sagten zugesagte Räume ab oder gaben von vornherein keinen Raum an die Antragsteller. Begründung durchweg: Antisemitismus und Unausgewogenheit. Man fragt sich, wie Forschung ausgewogen, gar neutral sein kann. Vor allem aber ist man schockiert, dass deutsche Universitäten, nicht zuletzt angesichts ihrer eher unrühmlichen Geschichte in der Nazizeit –extrem diplomatisch formuliert! – die Stirn haben zu fordern, man müsse den Völkermord in Gaza ausgewogen und neutral darstellen.

Wir sind in Deutschland an einem Punkt angelangt, wo wir wieder Thomas Mann lesen müssen und seine Reden gerichtet an „Deutsche Hörer“, die vom BBC 1940 bis 1945 gesendet wurden. Jedes einzelne Wort trifft im Kern die Lage heute, die Haltung viel zu vieler Bürger im Lande, zu dem Völkermord, der vor unseren Augen und in aller Offenheit in Gaza verübt wird.

Helga Baumgarten ist Politikwissenschaftlerin und lehrte bis zu ihrem Ruhestand 2019 als Professorin an der Universität Bir Zeit im Westjordanland. Sie ist zusammen mit Norman Paech Autorin des aktuellen Buches: *Völkermord in Gaza*, erschienen im Promedia-Verlag.

Verbrecherische Symbolpolitik

Wiebke Diehl

Es ist viel zu spät, viel zu wenig und viel zu inkonsequent. Nach fast zwei Jahren Völkermord hat sich die Regierung Merz zu einer Einschränkung – nicht zu einem Stopp – der Rüstungsexporte nach Israel durchgerungen. Die Lieferung von Waffen, die im Gazakrieg eingesetzt werden, soll nicht mehr genehmigt werden. Woran das bemessen und wie es kontrolliert werden soll, ist völlig unklar. Eine Erklärung, warum mit deutschen Waffen weiterhin das Westjordanland, der Libanon, Syrien, der Jemen und der Iran überfallen werden dürfen, bleibt die Bundesregierung schuldig. Und dass es viele Schlupflöcher gibt, durch die Mordwerkzeug trotzdem ans

Ziel kommt, hat unter anderem der Fall Saudi-Arabien bewiesen, gegen das ein Waffenembargo nicht etwa wegen des Jemenkriegs, sondern wegen der Tötung des Journalisten Dschamal Chaschukdschi verhängt – und nie eingehalten – wurde.

Seit Beginn des Gazakriegs hat Deutschland Rüstungsgüter im Wert von fast 500 Millionen Euro nach Israel geliefert und ist völlig zu Recht vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord angeklagt. Berlin blockiert auf EU-Ebene alle Sanktionen gegen Israel und leistet politische Schützenhilfe im sadistischen Vernichtungsfeldzug, der Gaza zum größten Kinderfriedhof der Welt gemacht hat. Noch nicht einmal die von 29 Staaten vorgebrachte Forderung nach einem sofortigen Ende des Gazakriegs wollte man

unterschreiben. Und anstatt endlich mit klaren Worten ein Ende des Einsatzes von Hunger als Waffe einzufordern, kroch Merz unter den „Schutzschirm“ unwirksamer und gefährlicher Nahrungsmittelabwürfe aus der Luft, weil es selbst den Anhängern der Regierungsparteien längst reicht.

Anders als es Slowenien vorgegangen hat, das konsequent alle Aus- und Durchfuhr militärischer Güter nach und die Einfuhr solcher Güter aus Israel verbot, ist die Entscheidung der Bundesregierung, ein „ja, aber“. Und völlig zu Recht wird niemand Deutschland glauben, wenn eines Tages – wieder einmal – alle schon immer dagegen gewesen sein werden.

Wiebke Diehl ist Autorin und Journalistin mit Schwerpunkt Westasien

Konjunkturspritze durch Rüstungsausgaben?

Ingar Solty

Deutschland rüstet wie nie zuvor seit 1945 auf. Bundeskanzler Friedrich Merz will die Bundeswehr „konventionell zur stärksten Armee Europas“ machen. Gleichzeitig entsteht ein Elitenkonsens für die Anschaffung einer deutschen Atombombe, der von der EU-Spitzenkandidatin der SPD, Katarina Barley, über den Ex-Außenminister Josef Fischer (Grüne) bis zur „linken“ Ikone Ulrike Herrmann reicht, die in der „taz“ ein „Ja zur Atombombe“ forderte. Noch begrüßt man dies alles in Osteuropa, fragt sich nur, wie lange noch und wann den ersten mulmig wird, vor oder nach der ersten Regierungsbeilegung der AfD im Bund?

Die Aufrüstung wird unterfüttert durch einen neuen Rüstungskeynesianismus. Als Ziel reicht sie weit zurück: Nach dem Libyenkrieg 2011 und der deutschen Enthaltung, die als „diplomatischer Scherbenhaufen“ deklariert wurde, ist ein außenpolitischer Elitenkonsens entstanden, der besagt: Ein großes, globalisierungsabhängiges Land wie Deutschland könne es sich nicht leisten, ein wirtschaftlicher Riese, aber außenpolitischer Zwerg zu sein. Die „Politik der militärischen Zurückhaltung“ müsse zugunsten einer „neuen Verantwortung“ aufgegeben werden. Vor der „Zeitenwende“ von 2022 gab es die „außenpolitische Zäsur“ von 2014. Die heute mit Verweis auf eine schemenhafte russische Bedrohung als defensiv und reaktiv dargestellte Hochrüstung war von Anfang an offensiv und proaktiv. Aber als solche ließe sie sich gegenüber der eigenen, durch zwei Weltkriege und das damit verbundene Leid skeptisch gewordenen Bevölkerung nicht rechtfertigen.

Der Aufrüstungskonsens der Eliten wird dabei wesentlich aus den USA bestimmt. Sie drängen schon seit ihrem 2011 vollzogenen „Schwenk nach Asien“ um eine Lastenteilung innerhalb der „globalen NATO“, die sich nun gegen China richtet. Nach dem völker-



rechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine erklärte die damalige Scholz-Regierung, man werde künftig das Zweiprozentziel der NATO erfüllen. Nach seiner Machtübernahme forderte US-Präsident Donald Trump Rüstungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was in etwa der Hälfte des deutschen Bundeshaushalts entspricht. Die europäischen NATO-Staaten gaben, mit Ausnahme Spaniens, der US-Forderung ganz und gar nach. Ist also die Bedrohung durch Russland zwischen dem 24. Februar 2022 und heute um den Faktor 2,5 gestiegen? Natürlich nicht. Trump fordert 5 Prozent, die Europäer zahlen 5 Prozent. Entsprechend gab es auch keine besondere Bedarfserhebung in den europäischen Militärs. Die neue Hochrüstung sind Blankoschecks für eine hochgradig monopolisierte Rüstungsindustrie und zugleich ein Konjunkturprogramm für die USA

und ihren militärisch-industriellen Komplex.

Olaf Scholz (SPD) musste nun das Ziel eines „kriegstüchtigen“ Deutschlands noch über ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro bewerkstelligen. Der neue Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ließ das schon abgewählte Parlament einberufen, um das Grundgesetz dahingehend zu ändern, dass die „Schuldenbremse“ allein für die Hochrüstung aufgehoben werde. Der sozialdemokratische Koalitionspartner feierte es als Sieg, dass neben der Aufrüstung auch 500 Milliarden Euro in die über Jahrzehnte kaputtgesparte Infrastruktur fließen soll. Zugleich steht auch die Sanierung von Straßen, Brücken, Schienen und Krankenhäusern unter dem Ziel von „Kriegstüchtigkeit“.

Die neue „Kriegswirtschaft“, die CDU/CSU-Mann Manfred Weber, Chef der konservativen Europäischen Volkspartei, fordert, hat viele

Triebkräfte. Dazu gehören neben dem außenpolitischen Elitenkonsens natürlich die Rüstungskonzerne. Dass sich „Rheinmetall“-Chef Armin Papperger sehr zufrieden mit der Bundesregierung zeigt, hat mit den riesigen Umsätzen und Profiten zu tun, die die staatlichen Aufträge versprechen. Die Rheinmetall-Aktie hat seit Beginn des Ukrainekriegs eine Wertsteigerung um 1.817% erfahren, die von Hensoldt um 783% (Stand 4.8.2025). „Der Aktionär“ spricht vom „Megatrend“ Rüstung.

Zugleich gibt es auch andere ökonomische Triebkräfte. Die deutschen Konzernverbände und ihre Institute wie das „Institut der deutschen Wirtschaft“ des BDI, das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das IFO-Institut und auch das DGB-eigene Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) forderten schon im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 Infrastrukturinvestitionen. Sie wurden im Namen der Schuldenbremse des damaligen Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP) blockiert. Seither hat sich nicht nur die Infrastrukturkrise verschärft. Mit dem Ukrainekrieg ist zum Investitionsstau noch eine weitere Triebkraft entstanden, denn die Beendigung der europäisch-russischen Energiesymbiose, die sich daraus ergebende Energiepreisinflation und der allgemeine Bumerang der mit Ansage gescheiterten Russland-Sanktionen haben in Deutschland das Ende des Exportmodells und einen Prozess der Deindustrialisierung eingeläutet. Vor allem die energieintensiven Branchen wie die Autoindustrie und ihre Zulieferer sowie die Chemie- und Pharmaindustrie sind in einer Existenzkrise. Zwei Jahre konsequativen Negativwachstums sind ihr Symptom.

Die Rüstung soll nun Wachstumsimpulse liefern. Volkswagen-Werke sollen in Rheinmetall-Werke umgewidmet werden. Wenn die Chinesen keine deutschen Autos mehr kaufen, dann kauft der deutsche Staat Panzer gegen China.

Das ist jedoch kurzsichtig. Aufrüstung fördert nicht nur die

Kriegsgefahr. Sie ist auch tote Konsumtion. Investitionen in Bildung, Gesundheit, andere Industriepolitik versprechen eine viel größere konjunkturelle Wirkung. Zudem geht Aufrüstung auch zu Lasten ziviler Produktion. Die Folge ist Teuerung. Darüber hinaus verschiebt sie gesellschaftliche Ressourcen, Ingenieurs-Knowhow, Hochschulforschung usw. weg von gesellschaftlichen Zielen wie dem Klimaschutz, der Mobilitätswende und der sozialen Gerechtigkeit.

Letztere wird mit der Hochrüstung ohnehin unter die Räder kommen. Die Tilgung der Schulden, die mit der unbeschränkten Kreditaufnahme für die Aufrüstung entstehen, werden aus dem laufenden Haushalt geschehen müssen. Dierk Hirschel, Chefökonom der Gewerkschaft ver.di und Mitglied von DL21 in der SPD, und andere haben vorgerechnet, dass der Schuldendienst schon 2027 die finanziellen Spielräume für Ausgaben in allen anderen Bereichen – Arbeit, Bildung, Gesundheit, Rente – im Grunde ganz und gar austrocknen wird. Die Aufrüstung gerät in einen extremen Gegensatz zur Verteilung, was die Sozialdemokraten mit der Grundgesetzänderung eigentlich verhindern wollten.

Am Ende wird die Hochrüstung, wie in den USA, zur Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes führen. Kommunen werden um Gelder aus Töpfen der neuen 5%-BIP-Rüstungsausgaben konkurrieren, die Wiederwahl von Politikern wird davon abhängen, inwiefern sie Rüstungsproduktion bei sich ansiedeln oder Infrastrukturmittel für die „Kriegstüchtigkeit“ an Land ziehen. Ein militärisch-industrieller Komplex muss sich aber ständig neue Gefahren schaffen und Möglichkeiten, die angeschafften Waffenarsenale wieder zu zerstören. Das bedeutet – der US-militärisch-industrielle Komplex macht es vor – Krieg, ja Krieg in Permanenz.

Ingar Solty ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wie uns die Ampelkoalition seit 2021 gnadenlos getäuscht hat

Für einen Stopp aller Rüstungsexporte!

Jürgen Grässlin

2021 versprach die neu gewählte Ampelkoalition von SPD, Bündnisgrünen und FDP in ihrem Koalitionsvertrag „ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz“. Und: „Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Einig wurden sich die Ampelparteien nicht.

Nach der völkerrechtswidrigen Intervention russischer Truppen in der Ukraine im Februar 2022 und den daraufhin folgenden umfassenden Rüstungsexportlieferungen an die Ukraine seitens der USA, Deutschlands und weiterer NATO-Staaten erfolgte eine folgenschwere Zeitenwende bei der Genehmi-

gungspraxis – vor allem bezüglich der sogenannten „Drittländer“ außerhalb der sowie EU-Staaten. Die Ukraine avancierte zum Hauptempfängerland deutscher Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter.

Die Ampelkoalition verantwortet verheerende Negativrekorde. Ende 2024 publizierte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ihren Rüstungsexportbericht. Massiv kritisierten die Expert*innen der evangelischen und katholischen Kirche den immens hohen Gesamtwert der Rüstungsexporte von 12,18 Mrd. Euro in 2023. Mehr als die Hälfte der Rüstungsexporte gingen an Drittstaaten außerhalb der EU und NATO, allen voran an die Ukraine mit rund 4,4 Mrd. Euro. Zudem erfolgten umfassende Waffenlieferungen an Israel (327 Mio. Euro), die Republik Korea (256 Mio. Euro), Indien (213,6 Mio. Euro)

und Algerien (121,8 Mio. Euro).

Wie die Große Koalition ab 2025 die letzten Restriktionen einreißt

Die Große Koalition hält sich mit den falschen Versprechungen ihrer Vorgängerregierung nicht länger auf. Exportiert wird mit Zustimmung von CDU/CSU und SPD hemmungslos in Krisen- und Kriegsgebiete, wie Israel und die Ukraine, und an menschenrechtsverletzende Staaten, wie Saudi-Arabien und die Türkei.

Bereits zur Zeit der Ampelkoalition wurden die Rüstungsexporte an Ankara von 1,2 Mio. Euro (2023) auf 230,8 Mio. Euro (2024) um rund das Zweihundertfache gesteigert. Zu allem Übel genehmigte die Bundesregierung unter Merz und Klingbeil im Juli 2025 den Export von 40 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon an die türkische Luftwaffe. Ein Waffentrans-

fers, dem bereits Kanzler Scholz im Oktober 2024 zugestimmt hatte. Unsere Kritik als Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fiel bereits damals deftig aus. Schließlich brach und bricht der NATO-Partner Türkei alljährlich Völkerrecht bei seinen Militärinterventionen im Norden Syriens und des Iraks.

Während Geflüchtete an den abgeschotteten Grenzen Europas abgefangen werden und zu Abertausenden im Mittelmeer ertrinken, steht die derzeitige Rüstungsexportpolitik für offene Grenzen – wohlgernekt beim Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern. Moral und Menschenrechte, Ethik und Empathie nein danke! Was für unchristlich agierende Unionsparteien und unsozial handelnde Sozialdemokraten primär zählt sind neue Großmachtambitionen und der Ausbau

und Profit der Rüstungsindustrie.

Was jetzt hilft ist kraftvoller Widerstand. Mit massivem Druck der Straße durch gemeinsame Demonstrationen. Mit der schonungslosen Entlarvung der Geldgier rüstungsproduzierender Aktiengesellschaften bei deren Hauptversammlungen durch kritische Aktionär*innen. Wirkung zeigen auch all die Strafanzeigen gegen den Kanzler, seinen Vize und die verantwortlichen Minister im Bundessicherheitsrat. Wegen des Vorwurfs der Beteiligung an Kriegsverbrechen wurden gegen Kanzler Merz im Sommer 2025 mehr als 1000 Strafanzeigen gestellt. Unser Ziel ist der Stopp aller Rüstungsexporte!

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK · Weitere Infos: www.dfg-vk.de | www.rib-ev.de

Nie wieder Krieg!

Die Charta der Vereinten Nationen

Michael von der Schulenburg

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen (sind) fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, ...“

Mit diesen einfachen, aber tief bewegenden und für die Zukunft der Menschheit so unendlich wichtigen Worten beginnt die Präambel der Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta), die vor 80 Jahren verfasst wurde. Nach zwei verheerenden Weltkriegen sollen nun die Würde des Menschen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern und eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen. Und vor allem soll es von nun an keine Kriege mehr geben – weder Präventivkriege noch Angriffskriege. Denn der über Jahrhunderte gültige Unterschied zwischen „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen wird von der Charta nicht mehr gemacht. Alle Mitgliedstaaten stehen nun gleichermaßen in der Verpflichtung, ihre Streitigkeiten und Konflikte ausschließlich durch Verhandlungen zu lösen und einen friedlichen Ausgleich ihrer Interessen zu



suchen – ohne Gewalt anzudrohen oder gar anzuwenden. Das gilt selbstverständlich auch für bereits ausgebrochene Kriege. „Lasst uns miteinander reden und nicht aufeinander schießen“ und „lasst uns zusammenarbeiten und nicht feindlich gegenüberstehen“ – das sind die Kernbotschaften der UN-Charta. Heute haben 193 Staaten die UN-Charta nicht nur unterzeichnet, sondern auch ratifiziert. Damit sollten

die Prinzipien der Charta – ihr Bekenntnis zum Frieden – universelle Geltung haben, also das Fundament des internationalen Rechts für alle Staaten und alle Menschen dieser Erde bilden. Doch dem ist nicht so – zumindest nicht in den westlichen Ländern. Hier werden wir auf einen nahenden Krieg vorbereitet. Si vis pacem, para bellum – „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“ heißt die Parole. Also

Frieden nur noch durch Waffen; Miteinander-Reden, Verständigung and Diplomatie spielen da keine Rolle mehr. Von der UN-Charta wird kaum noch gesprochen – und wenn doch, dann oft nur, um Kriege wie den seit über dreieinhalb Jahren andauernden Ukraine-Krieg zu rechtfertigen. Welch eine Perversion einer Charta, die „Nie wieder Krieg“ und die „Würde des Menschen“ auf ihre Fahnen geschrieben hat!

Die Leitsätze der UN-Charta „Nie wieder Krieg“ und die Achtung der „Würde des Menschen“ müssen auch Leitfaden für uns sein. Denn es geht hier um nichts weniger als die Schicksalsfrage der Menschheit: Frieden! Michael von der Schulenburg, MdEP und früherer UN-Diplomat Weitere Infos: www.michael-von-der-schulenburg.com

Europas „Ära der Aufrüstung“

Stop ReArm Europe!

Özlem Alev Demirel

Obwohl ihre Militärhaushalte bereits von 147 Mrd. Euro (2014) auf 326 Mrd. Euro (2024) oder knapp 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) stiegen, verpflichteten sich alle EU-Mitgliedsstaaten außer Spanien im Juni 2025 auf das neue militärische Ausgabenziel der NATO. Künftig sollen nicht weniger als 3,5% des BIP (plus weitere 1,5% für militärrelevante Infrastruktur) ausgegeben werden. Bei heutiger Umsetzung würde dies einen Anstieg der Militärausgaben in den EU-Mitgliedsstaaten auf rund 600 Mrd. Euro (3,5%/BIP) bzw. 857 Mrd. Euro (5%/BIP) bedeuten. Kein Wunder also, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine „Ära der Aufrüstung“ ankündigte, als sie Anfang März 2025 ihren Plan zur „Wiederaufrüstung Europas“ („Re-Arm Europe“) vorlegte. Mit ihm sollen die Mitgliedsstaaten in den kommenden Jahren für mindestens 800 Mrd. Euro zusätzliche Ausgaben für das Militär unterstützt werden, unter weitgehender Ausklammerung von Militärausgaben von den Schuldenregeln der EU.

Allerdings sollen auch die EU-Eigenmittel angehoben werden, obwohl Artikel 41(2) des EU-Vertrags es verbietet, Militärausgaben aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. In ihrem Vorschlag für den EU-Haushalt 2028 bis 2034 vom Juli 2025 ist eine Budgetlinie „Resilienz und Sicherheit, Verteidigung und Weltraum“ mit 131 Mrd. Euro vorgesehen. Hinzu sollen nach Vorstellung der Kommission noch 17 Mrd. Euro für „Militärische Mobilität“ kommen, um die Infrastruktur für den schnelleren Transport von Gütern und Truppen nach Osteuropa zu ertüchtigen. Militärrelevante Posten verbergen sich auch noch in anderen Haushalten (z.B. dem Forschungsetat) und für die „Europäische Friedensfazilität“, über die vor allem Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert werden sollen, sind weitere 30 Mrd. Euro vorgesehen. Es ist gut möglich, dass sich an diesen Zahlen in den anstehenden Verhandlungen mit EU-Rat und EU-Parlament noch etwas ändert, bleiben wird aber die grundsätzliche Tendenz rasant steigender Militärausgaben. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, sich

die aberwitzigen Dimensionen zu vergegenwärtigen, in denen sich hier bewegt wird: Voriges Jahr übertrafen allein die Militärausgaben der EU-Staaten (326 Mrd. Euro) die Russlands (125 Mrd. Euro) bei weitem. Deshalb ziehen interessierte Kreise gerne nach Kaufkraftparität bereinigte Zahlen heran, wonach die Etats in etwa gleich groß seien. Angaben nach Kaufkraftparität werden aber zum Beispiel vom renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI als untauglich abgelehnt. Und selbst wenn sie berücksichtigt werden, übertrafen die Ausgaben der europäischen NATO-Staaten diejenigen Russland in den letzten zehn Jahren um grob geschätzt 1000 Mrd. Euro! Kein Wunder also, dass die europäischen NATO-Staaten Russland auch beim militärischen Großgerät bereits heute nahezu überall in etwa um den Faktor drei überlegen sind, wie Greenpeace in einer Studie vom November 2024 herausarbeitete. Es ist deshalb nicht ersichtlich, wie der angebahte Rüstungsschub hier irgendeine Form von sicherheitspolitischem Mehrwert erbringen soll – das Gegenteil ist der Fall. Außerdem werden die Mitglieds-



staaten auf Dauer immer weniger in der Lage sein, diese immensen Summen aufzubringen. Eher früher als später dürften daher die Rufe nach Kürzungen anderer öffentlicher Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, immer lauter werden. Die „Ära der Aufrüstung“, in der sich die Europäische Union im Kampf um die Aufteilung der Welt militärisch in Position bringen will, wird deshalb nicht nur mit einer steigenden Kriegsgefahr, sondern auch mit einer Ära des verschärften Sozial-

abbaus einhergehen. Sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene muss dagegen Widerstand organisiert werden. Die Gründung der Initiative „Stop Rearm Europe!“, der sich mittlerweile zahlreiche Gruppen angeschlossen haben, war dafür ein erster wichtiger Schritt, dem nun weitere Folgen müssen. Özlem Alev Demirel ist Mitglied des EU-Parlaments · Weitere Infos: www.stoprearm.org www.oezlem-alev-demirel.de

Der DGB-Aufruf zum Antikriegstag 2025 – eine Positionierung

Britta Brandau & Michael Altman

Wie jedes Jahr ruft der DGB zu Kundgebungen „Für eine Politik der Friedensfähigkeit“ („als Gebot der Stunde“) auf. Der Antikriegstag erstmals 1957 begangen, „als Bekenntnis für den Frieden und gegen den Krieg“ (DGB). Hintergrund waren die „Wiederbewaffnung“ Deutschlands 1955 und die Einführung der Wehrpflicht im Juli 1956, die zu großem Widerstand vor allem innerhalb der Jugend führte.

Der DGB hält in seinem aktuellen Aufruf völlig richtig fest: „Noch nie gab es so viele bewaffnete Konflikte wie 2025“ Es zähle „nur noch das Recht des Stärkeren“ und die „Durchsetzung der eigenen Interessen mit Waffengewalt und militärische Aggression als legitimes Mittel der Politik“. Worüber jedoch der DGB hierbei kein Wort verliert:

- die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

2026, was die deutsche Bevölkerung zur Zielscheibe evtl. atomarer Vergeltungsschläge macht;

- die Unterstützung der US-Administration für Israel, das palästinensische Volk aus dem Westjordanland und Gaza zu massakrieren und zu vertreiben sowie Raketenangriffe auf den Iran durchzuführen;
- den „Deal“ Präsident Trumps, die Bodenschätze der Ukraine als Bezahlung für Waffenlieferungen auszubeuten;
- die Zölle der USA gegen alle Länder – aber vor allem gegen China.

Damit wird klar, dass die politische Initiative für einen 3. Weltkrieg im Interesse der großen US-Tech-Konzerne liegt.

Nun fordert der DGB die Bundesregierung auf, „sicherzustellen, dass zusätzliche Rüstungsausgaben nicht zu Lasten des Sozialhaushaltes, der Ausgaben für Bildung und Forschung und von Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur

gehen.“ Aber hat das alles nicht bereits unter der Regierung Scholz begonnen, die 2% vom BIP für Militärausgaben durchgesetzt hat?

Das Bekenntnis des DGB zu „Bündnisverpflichtungen“ bedeutet doch: verstärkt Waffenlieferungen in die Ukraine, 5 % vom BIP für Militärausgaben auf Kosten des Sozialstaates, Angriff auf unsere Arbeitsverhältnisse (8 Stunden-Tag) und Reallöhne.

Unsere Aufgabe jetzt als Gewerkschafter*innen ist es, dazu Nein zu sagen und mit der Friedensbewegung zu den bundesweiten Demonstrationen am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart zu mobilisieren.

Britta Brandau und Michael Altmann sind aktiv in der Initiative „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat!“ · Weitere Infos: www.gegadenkrieg-gegensozialenkrieg.info



Werben für Unterschriften unter den Berliner Appell in Berlin

Jutta Kausch-Henken

Seit 10 Monaten sammeln wir bundesweit Unterschriften unter den Berliner Appell. Zusammen gekommen sind ca. 80.000. Das zeigt, es ist nach wie vor ein schweres Geschäft. Immer noch reagieren Menschen sehr erstaunt, weil sie von der geplanten Stationierung der US-Waffen noch nie gehört haben. Andere winken gelangweilt ab und sagen: Bringt eh nix. Wieder andere wollen keine Unterschrift leisten, weil sie Schwierigkeiten befürchten, wenn sie sich offen bekennen. Ein erschreckender Zustand für eine vermeintlich demokratische Gesellschaft, die die Meinungsfreiheit als Vokabel ständig im Munde führt.

Wir nutzen und nutzen jede Gelegenheit, für den Berliner Appell zu sammeln.

Sowohl auf der Straße, an S-Bahnhöfen, auf dem Tempelhofer Feld und bei Festen, und natürlich bei politischen Veranstaltungen, wie z.B. im Mai bei den Aktionen anlässlich des 80. Jahrestages des Tags der Befreiung von Faschismus und Krieg, bei der bundesweiten Demo am 14.6. gegen den Völkermord in Gaza oder am 15.6. auf dem Veteranentag.

Auf der „Fiesta de Solidaridad“ der Solibewegungen mit Kuba standen die Menschen an, um unterschreiben zu können. Auf der Demo am 2.8. „Für Frieden und Freiheit“ – in den öffentlichen Medien als Querdenker-Demo diffamiert – haben wir in einem Redebeitrag für den Appell werben können und daraufhin viele Unterschriften erhalten.

Wir stellen immer wieder fest, dass auch in den Bewegungen, die sich gegen Krieg und Faschismus engagieren, der Appell längst noch nicht überall angekommen ist.

Das vorläufige Fazit: Weitermachen! Um Aufklärung zu betreiben, zu informieren, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, dazu ist der Berliner Appell unbedingt geeignet.

Wir erhielten einen Kommentar, den ich hier gerne weitergebe: „Der Berliner Appell ist leider nur ein Appell, wie wäre es mit der Forderung eines Verbots dieser Mordinstrumente?“

Jutta Kausch-Henken ist aktiv in der Friedenskoordination Berlin
Weitere Infos: www.frikoberlin.de

Das Friedens-Manifest des Eppler-Kreises:

Kriegt die SPD noch die Kurve?

Michael Müller

Die SPD, die unter Willy Brandt fähig war, den gesellschaftlichen Diskurs über Zukunftsfragen zu führen, ist zuletzt weitgehend ausgefallen und hat sich dem Kriegskonformismus angepasst. Nicht, dass das unter Lars Klingbeil anders aussieht, aber die parteiinterne Opposition gegen den Kurs wird stärker. Zu lang wurde den „Sicherheitsexperten“, die sich 2013 um das krude Papier „Neue Macht – neue Verantwortung“ gebildet haben und die Friedens- und Entspannungspolitik als historischen Fehler hinstellen, das Feld überlassen.

Wer Frieden will, so das Manifest des Erhard-Eppler-Kreises, darf nicht in den Kalten Krieg zurückfallen, sondern muss über Waffen und Konfrontation hinausdenken. Sicherheit darf nicht auf Aufrüstung, Waffenlieferungen und Abschreckung reduziert werden. Die Leitidee bleibt Gemeinsame Sicherheit, eine Zustandsbeschreibung, die auf Egon Bahr zurückgeht. Sicherheitspolitik verlangt im Atomzeitalter, nicht kriegstüchtig, sondern friedensfähig zu sein.

Sicherheit darf nicht zur Aufrüstungsspirale werden, sie muss Vertrauensbildung schaffen und zu mehr Gemeinsamkeit führen. Doch heute steigert sich „der Westen“ durch eine Remedur des Bellizismus in eine beispiellose Aufrüstung. Auch die Bundesregierung hat sich in der Sackgasse verrannt, 3,5 bzw. 5 % des BIP für das Militär auszugeben. Das macht Deutschland nicht nur nach Ausgaben zur Militär-

macht Nr. 4 in der Welt, es hat auch schlimme Kollateralschäden für Verschuldung, soziale und ökologische Leistungen, Investitionen sowie Bildung und Kultur.

Das Manifest will diese verhängnisvolle Entwicklung stoppen. Es wendet sich auch gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die verstärken nicht nur Waffen, die kaum abfangbar sind und Abwehrsysteme „erblinden“ lassen, sondern machen

Deutschland zu einem erstrangigen Kriegsziel.

Die Resonanz auf das Manifest ist sehr stark. Jetzt kommt es darauf an, dass sich die Debatte ausweit und in der SPD stärker wird.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands und aktiv im Erhard-Eppler-Kreis der SPD
Weitere Infos: www.erhard-eppler-kreis.de/manifest/

Veteranen-Ehrung. Vereidigung. Atomtod.



Am 15.6.25 boten Friedensstüchtige eine besondere Performance: Mit Augenklappen, Wundverbänden und Krücken demonstrierten sie das Leid der Kriegsveteranen und der Berliner Appell war wieder, wie bei jeder Aktion dabei.

Was soll überhaupt das ganze Getöse heute hier auf dem Rathausmarkt, wenn doch im Ernstfall die Schulterklappen der 420 jungen Leutnants, die hier heute vereidigt werden, genauso schnell verdampfen, wie alle anderen Lebewesen unserer Millionenstadt. Das muss doch auch Boris Pistorius wissen, der nebenan von den Soldaten Kriegstüchtigkeit fordert. Er weiß doch, dass eine Stadt wie Hamburg im ABC-Waffen-Zeitalter nicht zu verteidigen ist.

Eine Hamburger Friedensinitiative bereitet schon die Verlosung der raren Plätze im Atomschutzbunker vor. Aber es gefriert uns das Lachen im Halse, dass Leute in höchster politischer Verantwortung den Atomkrieg riskieren. Europas Zerstörung wäre programmiert, wenn erst hier in Deutschland Mittelstreckenwaffen stationiert sind, die in wenigen Minuten den Gegner in Moskau enthaupten und dessen Atomwaffen dort am Boden zerstören können. Genau das könnten Dark Eagle und Tomahawk, deren Stationierung in Deutschland von Biden und Scholz vor einem Jahr für 2026 verabredet wurde. Dies könnte dann den russischen Erstschatz provozieren.

Holger Griebner ist aktiv im Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung